

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
A. Einführung	1
B. Gang der Untersuchung	3
1. Kapitel: Grundstrukturen des Überweisungsverkehrs	7
A. Das Korrespondenzbankensystem	7
B. Deutsches Recht und die Zahlungsdiensterichtlinie	12
C. Ausländische Rechtsordnungen	42
2. Kapitel: Rationalisierung des Überweisungsverkehrs	77
A. Der Abrechnungsverkehr über Zahlungssysteme	77
B. Interbankenabkommen und sonstige Rahmenverträge	127
3. Kapitel: Grundlagen des europäischen internationalen Vertragsrechts bei grenzüberschreitenden Überweisungen	135
A. Kollisionsrechtliche Grundlagen im Korrespondenz- bankenverkehr	135
B. Kollisionsrechtliche Anknüpfung der Rechtsverhältnisse in einem Zahlungssystem	146
C. Rechtswahl in Interbankenabkommen und sonstigen Rahmenverträgen (SWIFT)	158

4. Kapitel: Analyse der im grenzüberschreitenden Überweisungsverkehr auftretenden Problemlagen	163
A. Erstattungspflicht bei Nichtvollendung des Überweisungs- vorgangs („money-back guarantee“)	164
B. Schadensersatz für durch zwischengeschaltete Banken verursachte „Folgeschäden“	182
C. Widerruf des Überweisungsauftrags	221
5. Kapitel: Das einheitliche Überweisungsstatut	225
A. Ausländische Regelungsmodelle	226
B. Der Vorschlag einer „akzessorischen Anknüpfung“ im europäischen internationalen Überweisungsrecht	266
6. Kapitel: Lösung der auftretenden Problemlagen auf Grundlage der „traditionellen“ Anknüpfung	329
A. Die Anpassung als kollisionsrechtliches Instrument zur Behebung von Normenwidersprüchen	329
B. Erstattungspflicht bei Nichtvollendung des Überweisungs- vorgangs („money-back guarantee“)	331
C. Schadensersatz für durch zwischengeschaltete Banken verursachte „Folgeschäden“	336
7. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	341
Literaturverzeichnis	347
Sachregister	363

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
A. Einführung	1
B. Gang der Untersuchung	3
1. Kapitel: Grundstrukturen des Überweisungsverkehrs	7
A. Das Korrespondenzbankensystem	7
B. Deutsches Recht und die Zahlungsdiensterichtlinie	12
I. Grenzen der Rechtsvereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	12
1. Die erste Zahlungsdiensterichtlinie (ZDR I) und die Umsetzung durch den deutschen Gesetzgeber	13
2. Die zweite Zahlungsdiensterichtlinie (ZDR II)	15
a) Ausweitung des Anwendungsbereichs des europäischen Zahlungsdiensterechts in der ZDR II	15
b) Umsetzung durch den deutschen Gesetzgeber	18
3. Zusammenfassung	21
II. Der Girovertrag und der Überweisungsauftrag	22
III. Das Rechtsverhältnis des Überweisenden mit seiner Bank	25
1. Die Rechtsfolgen eines Überweisungsauftrags	25
a) Die Pflicht zur Ausführung des Überweisungsauftrags	25
b) Die Pflicht zum Aufwendungsersatz	28
2. Die Rechtsfolgen bei einer nicht erfolgten oder fehlerhaft ausgeführten Überweisung	30
IV. Das Rechtsverhältnis des Überweisungsempfängers mit seiner Bank	32
1. Der Anspruch auf Gutschrift	33
2. Der Anspruch aus der Gutschrift	34

V. Die Rechtsverhältnisse zwischen den Banken im außerbetrieblichen Überweisungsverkehr (Interbankenverhältnis) . . .	36
1. Übertragbarkeit der Grundsätze aus dem Deckungs- und Inkassoverhältnis	36
2. Die Theorie vom Netzvertrag	39
C. Ausländische Rechtsordnungen	42
I. Französisches Recht	42
II. Englisches Recht	47
1. Rechtliche Grundstrukturen	48
2. Die Rechtsfolgen eines Überweisungsauftrags an eine andere Bank als die des Überweisungsempfängers	51
3. Die Rechtsfolgen eines Überweisungsauftrags an die Bank des Überweisungsempfängers	53
III. US-amerikanisches Recht	58
1. Rechtsquellen	58
2. Rechtliche Grundstrukturen	63
a) Allgemeines	63
b) Der Überweisungsauftrag („payment order“)	65
3. Die Rechtsfolgen eines Überweisungsauftrags an eine andere Bank als die des Überweisungsempfängers	66
4. Die Rechtsfolgen eines Überweisungsauftrags an die Bank des Überweisungsempfängers	68
IV. UNCITRAL-Modellgesetz über den grenzüberschreitenden Überweisungsverkehr	70
2. Kapitel: Rationalisierung des Überweisungsverkehrs	77
A. Der Abrechnungsverkehr über Zahlungssysteme	77
I. Begriff und Funktion des Zahlungssystems im Überweisungsverkehr	77
II. Abrechnungsarten von Zahlungssystemen	79
1. Brutto- und Nettzahlungssysteme	79
2. „Hybride“ Zahlungssysteme	84
3. Beispielhafte Erläuterung des Abrechnungsverkehrs anhand der Zahlungssysteme TARGET2, EURO1 und CHIPS	86
a) Das Bruttozahlungssystem TARGET2	86
b) Das Nettzahlungssystem EURO1	90
c) Das „hybride“ Zahlungssystem CHIPS	95
III. Rechtliche Würdigung	100
1. Schuldrechtliche Beziehungen zwischen den Beteiligten eines Zahlungssystems	101
a) Die Rechtsbeziehungen der Abrechnungsteilnehmer zum Zahlungssystem	101

aa) Stellung des Zahlungssystems im Überweisungsvorgang	101
bb) Rechtsbeziehungen zwischen den Abrechnungsteilnehmern und dem Zahlungssystem hinsichtlich des Clearing und des Settlement	108
b) Die Rechtsbeziehungen zwischen den Abrechnungsteilnehmern untereinander	110
c) Das Verhältnis des Abrechnungsvertrags zum einzelnen Zahlungsauftrag	115
d) Das Verhältnis des Abrechnungsvertrags zu Rechtsverhältnissen der Teilnehmer mit Dritten	117
2. Die Verrechnungsebene bei Nettingsystemen	121
B. Interbankenabkommen und sonstige Rahmenverträge	127
I. Single Euro Payments Area (SEPA)	127
II. Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT)	132
3. Kapitel: Grundlagen des europäischen internationalen Vertragsrechts bei grenzüberschreitenden Überweisungen	135
A. Kollisionsrechtliche Grundlagen im Korrespondenzbankenverkehr	135
I. Die „traditionelle“ kollisionsrechtliche Methode	135
1. Grundlagen	135
2. Kollisionsrechtliche Würdigung der „Lehre vom Netzvertrag“ auf Grundlage der traditionellen Anknüpfung	138
II. Vorgebrachte Kritik hinsichtlich des Anknüpfungsmoments der charakteristischen Leistung im Überweisungsverkehr	139
III. Überweisungsvorgänge unter Beteiligung von Verbrauchern	142
B. Kollisionsrechtliche Anknüpfung der Rechtsverhältnisse in einem Zahlungssystem	146
I. Anwendbarkeit von Rom I	146
II. Die Anknüpfung der das Zahlungssystem ausgestaltenden Rechtsverhältnisse	149
III. Die Anknüpfung der einzelnen Überweisungsaufträge	150
1. Die „traditionelle“ kollisionsrechtliche Methode	151
2. Die einheitliche Anknüpfung in Zahlungssystemen	153
a) Einheitliche Anknüpfung aufgrund Rechtswahl gemäß Art. 3 Rom I	153
b) Einheitliche Anknüpfung aufgrund Art. 4 I lit. h Rom I	155
c) Einheitliche Anknüpfung aufgrund Art. 4 III Rom I	157

C. Rechtswahl in Interbankenabkommen und sonstigen Rahmenverträgen (SWIFT)	158
4. Kapitel: Analyse der im grenzüberschreitenden Überweisungsverkehr auftretenden Problemlagen	163
A. Erstattungspflicht bei Nichtvollendung des Überweisungsvorgangs („money-back guarantee“)	164
I. Die „money-back guarantee“ im Sachrecht	164
1. US-amerikanisches Recht	165
2. UNCITRAL-Modellgesetz	167
3. Zahlungsdiensterichtlinie	169
4. Zusammenfassung	173
II. Kollisionsrechtliche Würdigung der „money-back guarantee“	173
III. Problemlage	174
B. Schadensersatz für durch zwischengeschaltete Banken verursachte „Folgeschäden“	182
I. Lösungsmechanismen im Sachrecht	182
1. Deutsches Recht	182
a) Der Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	184
b) Die Drittschadensliquidation	187
c) Zusammenfassung	188
2. Französisches Recht	189
3. Englisches Recht	194
4. Zahlungsdiensterichtlinie	197
5. Keine Haftung für Folgeschäden	199
a) US-amerikanisches Recht	199
aa) Ursprüngliche Haftungsgrundsätze aus <i>Evra Corp. v. Swiss Bank Corp.</i>	199
bb) Generelle Ablehnung der Ersatzfähigkeit von Folgeschäden („consequential damages“) durch Art. 4A UCC	200
b) UNCITRAL-Modellgesetz	201
II. Kollisionsrechtliche Würdigung der sachrechtlichen Lösungsmechanismen	202
1. Erfüllungsgehilfenhaftung	202
2. Drittschadensliquidation	203
a) Anspruch des Verletzten gegen den Schädiger	204
b) Anspruch des geschädigten Dritten gegen den Verletzten	205
c) Subsidiarität der Drittschadensliquidation: Ansprüche des geschädigten Dritten gegen den Schädiger	205
3. „Direktansprüche“ (insbesondere Ansprüche auf Grundlage	

des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter und der französischen „action directe“	206
a) Kollisionsrechtliche Qualifikation der „Direktansprüche“	206
b) Anknüpfung des Anspruchs des Überweisenden gegen die zwischengeschaltete Bank	211
aa) Regelanknüpfung des Art. 4 I Rom II	211
bb) Abweichende Anknüpfung gemäß Art. 4 III Rom II	213
c) Zusammenfassung	215
III. Problemlage	215
C. Widerruf des Überweisungsauftrags	221
5. Kapitel: Das einheitliche Überweisungsstatut	225
A. Ausländische Regelungsmodelle	226
I. Der US-amerikanische § 4A-507 UCC	226
1. Grundlagen der Anknüpfung	226
2. Einheitliches Überweisungsstatut gemäß § 4A-507 (c) UCC	228
a) Rechtswahl gemäß „funds-transfer system rule“	229
aa) Zahlungssysteme	230
(1) CHIPS	230
(2) Fedwire	231
bb) Informationsmittler (beispielsweise SWIFT)	233
cc) Korrespondenzbankbeziehungen	234
b) Subjektive Anforderungen („having notice“)	235
c) Rechtsfolgen	236
d) Konfliktfallregelungen	240
aa) Konflikt einer „individuellen“ Rechtswahl mit einer Rechtswahl eines „funds-transfer system“ (§ 4A-507 (d) UCC)	240
bb) Konflikt der Rechtswahlen verschiedener „funds-transfer systems“ (§ 4A-507 (e) UCC)	242
3. Kritische Würdigung der Kollisionsnorm des § 4A-507 (c) UCC	245
a) Das kollisionsrechtliche Modell aus US-amerikanischer Perspektive	247
b) Das kollisionsrechtliche Modell aus der Perspektive eines nicht US-amerikanischen Staates	248
c) Generelle Kritik an dem kollisionsrechtlichen Regelungsmodell	251
II. Art. Y UNCITRAL-Modellgesetz	254
1. Grundlagen	254
2. Kritische Würdigung	260
III. Zusammenfassung	265

B. Der Vorschlag einer „akzessorischen Anknüpfung“ im europäischen internationalen Überweisungsrecht	266
I. Der Begriff der akzessorischen Anknüpfung	266
II. Die akzessorische Anknüpfung im internationalen Vertragsrecht	270
III. Für die akzessorische Anknüpfung vorgebrachte kollisionsrechtliche Interessen	273
1. Konsistenzinteresse	275
a) Voraussehbarkeit der anwendbaren Rechtsordnung	276
b) Innerer Entscheidungseinklang	278
aa) Der innere Entscheidungseinklang im internationalen Vertragsrecht	278
bb) Verhältnis zum äußeren Entscheidungseinklang	281
cc) Zusammenfassung	284
2. Kontinuitätsinteresse	284
3. Allgemeines Sachzusammenhangsinteresse	288
a) Geltungsbereich des Vertragsstatuts gemäß Art. 12 I Rom I	289
b) Fremde Rechtswahl	291
c) Identität des vertraglichen Objekts	296
d) Faktische Identität der Beteiligten	299
4. Zusammenfassung	299
IV. Bestimmung des maßgeblichen Hauptvertrags	300
1. Anknüpfung an das Inkassoverhältnis (Zielstaat)	301
2. Anknüpfung an das Deckungsverhältnis (Herkunftsstaat)	305
3. Zusammenfassung	309
V. Bedenken gegen eine akzessorische Anknüpfung im internationalen Überweisungsrecht	309
1. Anwendung einer für die Parteien eines Überweisungsverhältnisses „fremden“ Rechtsordnung	309
2. Die Überweisung als Massengeschäft des täglichen Lebens	315
3. Durchsetzungshindernisse für eine akzessorische Anknüpfung	319
a) Bilaterale Rechtswahlvereinbarungen	319
aa) Durchbrechung der akzessorischen Anknüpfung durch Rechtswahlvereinbarungen	319
bb) Möglichkeit einer teleologischen Reduktion des Art. 3 I Rom I zugunsten einer akzessorischen Anknüpfung im Rahmen des internationalen Überweisungsrechts	319
(1) Generelle Einschränkungen der Parteiautonomie	320
(2) Besondere Einschränkungen der Parteiautonomie in strukturellen Ungleichgewichtssituationen	322
(3) Zusammenfassende Erwägungen	323
b) Verbraucherbeteiligung im Deckungs- und Inkasso-verhältnis	324

4. Gefahr der Erstreckung einer „fremden“ Rechtswahl auf vertragsfremde Dritte	325
6. Kapitel: Lösung der auftretenden Problemlagen auf Grundlage der „traditionellen“ Anknüpfung	329
A. Die Anpassung als kollisionsrechtliches Instrument zur Behebung von Normenwidersprüchen	329
B. Erstattungspflicht bei Nichtvollendung des Überweisungs- vorgangs („money-back guarantee“)	331
I. Anwendung des kollisionsrechtlichen Instruments der Anpassung im konkreten Fall	331
II. Erforderlichkeit der Anpassung	334
III. Zusammenfassung	335
C. Schadensersatz für durch zwischengeschaltete Banken verursachte „Folgeschäden“	336
7. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	341
Literaturverzeichnis	347
Sachregister	363